
Es war nicht alles nur Krampf

Gespräch mit Helga Bunke über Gewerkschaftsarbeit in Ostdeutschland*

Helga Bunke, geb. 1954 in Bagenz/Bezirk Cottbus, Abitur, Arbeit als Verkäuferin, Fernstudium in Wirtschaftswissenschaften an der Fachhochschule Dresden, war von 1979 bis 1984 hauptamtliche BGL-Vorsitzende bei der HO Cottbus und von 1984 bis zur Auflösung der Gewerkschaft Handel, Nahrung, Genuß der DDR deren Kreisvorsitzende in Cottbus. Seit Oktober 1990 ist sie Leiterin der Bezirksgeschäftsstelle Cottbus der HBV.

Frage: Wie stehen die Gewerkschaften zur Zeit in den ostdeutschen Ländern da?

Antwort: Ich kann eigentlich nur etwas zur Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) sagen; andere Gewerkschaften kann ich kaum beurteilen. Die Realität hat die Zielvorstellungen, die wir uns beim Aufbau der HBV etwa hinsichtlich der Mitgliederstärke gesteckt hatten, sehr schnell eingeholt. Wir haben viel schneller bedeutend mehr Mitglieder gewonnen, als wir ursprünglich gedacht hatten.

Was war denn geplant und wieviele sind es geworden?

Wir waren einmal von der kühnen Zahl 12 000 in der „Endstufe“ ausgegangen.

* Das Gespräch führte Hans O. Hemmer am 28. Mai 1991 in Cottbus.

Für den Bezirk Cottbus?

Ja, im Rahmen dieser Geschäftsstelle. Inzwischen sind wir bei knapp 15 000 angelangt, und damit ist das Ende eigentlich noch nicht erreicht. Es melden sich täglich sozusagen ganze Belegschaften bei uns. Ich will damit sagen, daß die Gewerkschaften insgesamt sehr populär sind. Viele Kollegen haben zwar zuerst gedacht, Gewerkschaften brauchen wir erst einmal nicht mehr; davon haben wir genug. Irgendwo haben viele sich betrogen gefühlt, weil ihre Interessen in Wirklichkeit ja nie vertreten wurden. Aber nachdem die Lage in den Betrieben hier sich so katastrophal entwickelt, und der Umgang mit den Arbeitnehmern an frühe kapitalistische Zeiten erinnert, sind die Gewerkschaften für viele zur letzten Instanz geworden, zu der sie gehen können, um ihr Recht zu bekommen. Da das Gericht vielfach die einzige Möglichkeit für Arbeitnehmer ist, Recht zu bekommen, ist die Nachfrage nach gewerkschaftlichem Rechtsschutz riesengroß. An den Sprechtagen ist hier regelmäßig der Teufel los.

Ist diese Arbeit denn personell überhaupt zu leisten?

Es ist schwierig. Augenblicklich schaffen wir es zwar, aber natürlich zu Lasten anderer Aufgaben. So müssen wir die Betreuung der Betriebsräte, wie sie aus den alten Bundesländern bekannt ist, arg vernachlässigen. Ich wende 50 Prozent meiner Arbeitszeit für Prozeßvertretungen auf, zwanzig bis dreißig Klagen pro Woche sind der Normalfall. Und die Prozeßvertretung wird zunehmend schwieriger, denn die Unternehmen lernen ja auch.

Hängt den Gewerkschaften eigentlich noch etwas von dem alten Ruch des FDGBan?

Wenn wir darauf gewartet hätten, daß die Mitglieder des FDGB automatisch in die neuen Gewerkschaften eingetreten wären, dann hätten wir vermutlich nicht mehr als eine Handvoll Gewerkschaftsmitglieder. Wir haben viele Informationsveranstaltungen zur Rolle der Gewerkschaften gemacht, sind auf Betriebsversammlungen aufgetreten, haben Material verteilt. Trotzdem sind noch nicht alle Vorbehalte ausgeräumt. In Einzelfällen fühlen sich Kollegen nicht richtig vertreten und kommen dann mit dem Argument: „Eigentlich hat sich nichts geändert, wir haben nichts von der Gewerkschaft, wir treten aus.“

Ein großer Teil von Kollegen hat den Unterschied zwischen FDGB und neuen Gewerkschaften noch nicht richtig verstanden. Auch Gewerkschaften und Betriebsräte werden immer noch verwechselt. Viele meinen, sie gingen zur Gewerkschaft, wenn sie zu ihrem Betriebsrat gehen. Wir müssen sicherlich auch noch deutlicher machen, welche Ansprüche Arbeitnehmer berechtigt erheben können und welche Forderungen unberechtigt sind. Lebenshilfe in allen Lagen können wir nicht leisten, obwohl wir hier oft genug ganze Lebensgeschichten zu hören bekommen, weil die Menschen jemanden brauchen, mit dem sie reden können.

Man hört immer wieder, daß frühere FDGB- oder Gewerkschaftsfunktionäre heutzutage wieder in ähnlichen Positionen sitzen. Ist das eine verbreitete Erscheinung oder wird da übertrieben?

Ich bin der Meinung, daß da etwas aufgebauscht und auch künstlich hochgezüchtet wird. Sicher gibt es solche Fälle, das will ich absolut nicht ausschließen. Aber man sollte sie nicht verallgemeinern, denn inzwischen hat es überall echte Wahlen gegeben - sowohl in den Betrieben als auch bei den Gewerkschaften. Es stimmt, daß dabei manchmal Kollegen gewählt wurden, die das auch zwanzig Jahre vorher schon gemacht haben. Oft liegt das daran, daß niemand anderer im Betrieb bereit war, eine entsprechende Funktion zu übernehmen.

Braucht die neue Gewerkschaftsbewegung so etwas wie eine „Vergangenheitsbewältigung“? Müßten die Gewerkschaften im Osten so etwas nicht leisten?

Ich denke schon, daß man das nicht einfach unter den Tisch fallen lassen, einen Schlußstrich ziehen und sagen kann: Diese Zeit ist vorbei, ich fange noch einmal neu an. Ich stelle an mir selber fest, daß ich mich mit bestimmten Dingen innerlich und auch in der Familie ganz schwer auseinandersetzen muß. Dabei kommen manchmal diese Gedanken, ob man früher alles richtig gemacht hat. Ich war sehr jung, gerade 20 Jahre alt, als ich mit der Gewerkschaftsarbeit angefangen habe. Ich habe an große Ideale geglaubt - die ich heute immer noch habe -, die sich in der Realität aber leider ganz anders dargestellt haben - größtenteils ohne mein Zutun. Diese Zeit, diese vielen Jahre, die kann man nicht ohne weiteres vergessen. Wenn man ehrlich ist, muß man zugeben, daß es noch eine Weile dauern wird, bis man all diese Dinge bewältigt hat. Mir haben dabei Gespräche geholfen, die ich mit Gewerkschaftskollegen aus dem Saarland und aus Nordrhein-Westfalen hatte. Aber bei aller Bereitschaft und Notwendigkeit zur Aufarbeitung sollte man nicht vergessen, daß nicht alles falsch war, was wir gemacht haben.

Die Gewerkschaften in der DDR hatten viele Millionen Mitglieder. Wie ist es zu erklären, daß es offenbar so wenig Aufbegehren gegen deren mangelnde Interessenvertretung und ihre Parteihörigkeit gab?

Die Frage haben sich viele gestellt: Warum bin ich nicht dagegen aufgetreten? Es ist in der DDR nie üblich gewesen, Nein zu sagen. Man konnte - in einem begrenzten Rahmen - Kollegen helfen; und diese Möglichkeit habe ich auch wahrgenommen. Die größeren Angelegenheiten in den Betrieben wurden in sogenannten Koordinierungsgesprächen zwischen Betriebsdirektor, Parteisekretär und BGL-Vorsitzendem behandelt - da gab es keinerlei Einwirkungsmöglichkeiten. Und bei den Gewerkschaftswahlen zum Beispiel gab es klare Vorgaben zum Anteil der Arbeiter, der Parteimitglieder, der Jugendlichen und so weiter. Ein bißchen konnte man zwar drehen, aber im großen und ganzen eben nicht. Wenn man sich nicht an die Vorgaben hielt, dann gab es

Ärger. Wenn man in dieser Mühle steckt, läuft vieles eben ganz automatisch ab. Heute lacht man über manches, zum Beispiel über die Vorbereitungen zum sozialistischen Wettbewerb. Aber wenn man nicht bereit war, ganz viel Ärger zu haben, kam man nicht heraus. Und es gab nur wenige, die das auf sich genommen haben.

Insbesondere über das Westfernsehen war den Bewohnern der ehemaligen DDR ja bekannt, welche Alternativen es zu ihrer Lebensform gab. Für den betrieblichen Alltag scheint das weniger zu gelten. Haben die Arbeitnehmer sich da an das vorgegebene Schema gehalten, ohne sich vielleicht manchmal darüber zu stellen und zu sagen: Mein Gott, wie arbeite ich hier eigentlich?

Als Kreisvorsitzende der Gewerkschaft Handel, Nahrung und Genuß für Cottbus habe ich oft mit meiner Kollegin von der Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder zur gemeinsamen Arbeitsberatung zusammengesessen — wie oft haben wir dabei gestöhnt und geschimpft, über unsere Marschrichtung und unsere Order, die wir gekriegt hatten. Letztendlich haben wir es dann doch so gemacht, das meiste jedenfalls, obwohl man wußte, daß vieles totaler Unfug war, beispielsweise dieses Wettbewerbsprogramm. Das war wirklich nur Beschäftigungstherapie, mehr nicht.

Die Gewerkschaft Handel bildete zu DDR-Zeiten zusammen mit den Bereichen Nahrung und Genuß eine Dienstleistungsgewerkschaft. Wäre es nicht vernünftig gewesen, diese DDR-Struktur zu übernehmen?

Beim Kongreß der Gewerkschaft Handel, Nahrung, Genuß im Januar 1991 ist das versucht worden - ohne Erfolg. Niemand hat den vorwiegend alten Funktionären abgenommen, daß sie ernsthaft versuchen würden, etwas anderes aufzubauen. Dabei hätte nicht unbedingt alles abgeschafft werden müssen. Andererseits waren die Kollegen hier in den Betrieben sehr schnell bereit, alles zu übernehmen, was aus dem Westen kam. Das galt für die Gewerkschaftsarbeit ebenso wie für den persönlichen Bereich, das Kaufverhalten und so weiter. Inzwischen vollzieht sich bei vielen ein leichter Rückbesinnungsprozeß - aber nun ist es zu spät.

Frauen scheinen bei diesem Einigungsprozeß vielfach die Gelackmeierten zu sein. Kann eine Gewerkschaft wie die HBV, in der besonders viele Frauen organisiert sind, diese besondere Situation der Frauen hinreichend in ihrer Politik berücksichtigen?

Zwischen 65 und 75 Prozent unserer Mitglieder sind Frauen. Das hängt damit zusammen, daß gerade im Handel überwiegend Frauen arbeiten. Das spiegelt sich auch bei den Betriebsräten wider, unter denen nur sehr wenige Männer sind. Selbst unsere Geschäftsstelle hier ist eine reine Frauen-Geschäftsstelle. Es stimmt, daß die Frauen die Benachteiligten der Einigung sind. Frauen wird als ersten gekündigt. Es tut sich etwas bei Kindergarten- und Krippenplätzen, deren Finanzierung nur bis Ende Juni gesichert ist. Dann werden viele die

Kosten hierfür nicht mehr aufbringen können. Die Frauen werden diejenigen sein, die zu Hause sitzen müssen, weil die Kinder nicht mehr versorgt sind. Es ist eine Seltenheit, daß ein Mann Erziehungsurlaub nimmt.

Müßte die Gewerkschaft HBV die Frauenfrage nicht zum zentralen Thema machen?

In der Personengruppenarbeit müßte generell mehr gemacht werden. Das gilt besonders auch für die Jugendlichen. Was die Ausbildung betrifft, haben wir in dieser Region große Sorgen. Viele Betriebe haben die Lehrverträge gekündigt, und wir versuchen, mit Klagen dagegen anzugehen.

Die ökonomische Entwicklung in der ehemaligen DDR ist ja alles in allem katastrophal. Sind denn in eurem Organisationsbereich die Aussichten günstiger und ist dadurch auch die gewerkschaftliche Arbeit einfacher?

So einfach ist das nicht. Ich bin erstaunt darüber, wie viele Kündigungen im Bereich Handel ausgesprochen werden. Ich hatte erwartet, daß dieser Bereich expandieren würde. Stattdessen wird entlassen. Wir versuchen, Einfluß zu nehmen, damit zum Beispiel Mitarbeiter übernommen werden, wenn Betriebe verkauft werden. Vielleicht werden unsere Kolleginnen und Kollegen eher Arbeit finden als die in der Metallindustrie. Aber zunächst sind sie auch arbeitslos. Und wer eine Kündigung in der Hand hat, der ist am Boden. In zwei Jahren wird es in unserem Bereich schon wieder ein bißchen anders aussehen.

Wandern denn nach wie vor jüngere, beweglichere, gut ausgebildete Arbeitnehmer ab?

In unserem Territorium ist das eigentlich nicht so schlimm. Ich weiß, daß einige Betriebe Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen angeboten haben, und die Kollegen hier gar nicht so leicht zu bewegen waren, dorthin zu gehen. Aber wenn bei der Umschulung und Qualifizierung das Tempo nicht deutlich beschleunigt wird, dann werden gerade jüngere Leute in beachtlichen Größenordnungen gehen.

Macht Ihr die Themen Qualifizierung, Umschulung, Weiterbildung zu gewerkschaftlichen Schwerpunkten?

Wir haben beim hiesigen Arbeitsamt eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für einen Qualifizierungsberater beantragt, der sich ausschließlich mit diesen Fragen beschäftigt. Wir haben Mitglieder erfaßt, die sich qualifizieren wollen. Es haben sich sehr viele Kollegen gemeldet, die arbeitslos sind beziehungsweise zum 30. September werden. Ich hoffe, daß wir noch intensiver arbeiten können, wenn der Qualifizierungsberater seine Arbeit aufnimmt.

Ein Vorurteil im Westen lautet, daß es mit der Arbeitsleistung der ehemaligen DDR nicht so weit her sei, daß da ein gewisser Schlendrian eingerissen sei in den vierzig Jahren. Was sagst Du dazu?

Aus meiner Sicht kann man das nicht verallgemeinern. Es gibt sicherlich Bereiche, in denen mangelnde Produktivität subjektive Ursachen hat. Ich würde das auch auf den Handel beziehen. Ich ärgere mich oft genug, wenn ich beim Einkaufen sehe, wie unbeteiligt manche Verkäuferin ist. Die Einstellung zur Arbeit spielt schon eine große Rolle. Maßgebend sind aber objektive Gründe: fehlende Ausstattung, mangelhaftes Arbeitsmaterial, nicht vorhandene Ware. Da kann sich dann auch ein bißchen Gleichgültigkeit einschleichen. Das läßt sich nicht von heute auf morgen beseitigen. Ich bin allerdings überzeugt, daß die Menschen hier unter den gleichen Voraussetzungen und nach einer entsprechenden Einarbeitung nicht schlechter arbeiten als die in den alten Bundesländern.

Zwischen den Menschen in Ost- und Westdeutschland gibt es Verständnisschwierigkeiten. Gilt das auch für die Gewerkschaften?

Generell würde ich das nicht sagen. Natürlich ist es nicht in jedem Fall einfach zu verstehen, was vierzig Jahre auf der einen oder anderen Seite gewachsen ist. Das läßt sich nicht durch ein Stück Papier aus der Welt schaffen. Für viele Dinge, die bei uns noch anders gehandhabt werden müssen, haben westliche Gewerkschaftssekretäre zum Beispiel teilweise überhaupt kein Verständnis. Die sagen uns, das müßt ihr anders machen. Sie verstehen nicht, daß wir mit unseren Kollegen so nicht umgehen können. Bei uns war der Betrieb mehr als nur die Arbeitsstätte, es war eben das Kollektiv. Das hieß auch, daß im kulturellen Bereich bestimmte Dinge miteinander veranstaltet wurden. Die Kultur- und Buidungspläne hatten etwas Gutes, es war nicht alles nur Krampf.

Das bringt mich auf den Begriff der Solidarität. Wie stand es darum in der ehemaligen DDR? War das eine aus der Not geborene Tugend?

Unter Solidarität verstehe ich in erster Linie etwas Uneigennütziges. Das war es aber eigentlich gar nicht. Ich war erstaunt, daß dieser Solidaritätsgedanke in den alten Bundesländern teilweise stärker ausgeprägt ist. Ich denke dabei insbesondere an die Kinderbetreuung. Wenn bei uns der Kindergarten um 18 Uhr schloß, dann wurde die alleinerziehende Mutter, deren Arbeitszeit bis 19 Uhr ging, für diese Stunde von der Arbeit befreit, weil sie ihr Kind holen mußte. Solidarität bedeutet aber, daß sich ein paar Mütter zusammentun und sich beim Abholen abwechseln oder auch mit dem Kindergarten bei der Betreuung besser zusammenarbeiten, als das bei uns der Fall war. Da hat jeder nur an sich gedacht.

Ein Kennzeichen der DDR-Gesellschaft war ja eine gewisse „Gleichheit“ bei den Einkommen. Hat das aus der Rückschau positive Aspekte?

Eigentlich nicht, denn es war damit keine Stimulierung der Arbeit verbunden. Lohn oder Gehalt sind Ausdruck für die geleistete Arbeit - und das hat in der DDR überhaupt keine Rolle gespielt. Besucher aus Westdeutschland haben immer wieder gesagt, es sei überhaupt kein Wunder, daß bei uns die Leute so

uninteressiert seien: Ihr Geld bekämen sie ja sowieso. Ein Kellner zum Beispiel erhielt seinen Lohn, gleichgültig, ob er ein volles Lokal hatte, ob er an fünf Tischen ein Reserviert-Schild aufgestellt hat oder nur drei Tische bedient hat. In den Betrieben war es ähnlich. Ein gut qualifizierter Facharbeiter hatte vielleicht 50 Mark mehr in der Lohntüte als derjenige, der gerade mal so anwesend war. Die, die wirklich ehrlich gearbeitet haben, haben sich irgendwann gefragt, warum sie sich eigentlich engagieren. Mehr verdienen konnten sie ohnehin nicht. Und es gab bestimmte andere Dinge, zum Beispiel die zusätzliche Altersversorgung. Wer nicht eingetreten ist - es war zwar freiwillig -, der wurde bei der nächsten Gehaltserhöhung nicht berücksichtigt. Ob die neue Tarif arbeit bei Löhnen und Gehältern mit ihren Eingruppierungen die glücklichste Lösung ist, weiß ich allerdings auch nicht.